

**Titel** NS-Aufarbeitung in Ausbildungen von Soldat\*innen und Polizist\*innen und Beamt\*innen/Angestellte im Justizvollzug integrieren

**AntragstellerInnen** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## NS-Aufarbeitung in Ausbildungen von Soldat\*innen und Polizist\*innen und Beamt\*innen/Angestellte im Justizvollzug integrieren

1 Soldat\*innen und Polizist\*innen und Beamt\*innen/Angestellte im Justizvollzug müssen sich in ihren Ausbildungen  
2 intensiv und kritisch mit den NS-Vergangenheiten ihrer Berufe auseinandersetzen, damit sie die freiheitliche und  
3 demokratische Verantwortung in ihren Berufen umfassend ausfüllen können.

4 Konkret fordern wir, dass,

5 • ein kritischer Umgang mit der NS-Vergangenheit der Exekutivgewalten pflichtmäßig in die Lehrpläne von Soldat\*in-  
6 nen und Polizist\*innen und Beamt\*innen/Angestellte im Justizvollzug aufgenommen wird, sodass angehende Sol-  
7 dat\*innen und Polizist\*innen ihre heutige demokratische Verantwortung nachvollziehen, verinnerlichen und verste-  
8 hen können und Anzeichen für totalitäre Reformbestrebungen innerhalb der Gesellschaft erkennen lernen; • jede\*r  
9 angehende Soldat\*in und Polizist\*in und Beamt\*in/Angestellte\*r im Justizvollzug in ihrer Ausbildung pflichtmäßig  
10 ein Konzentrations- und Vernichtungslager der NS-Vergangenheit besuchen muss. Dieser Besuch muss durch eine  
11 nachhaltige, kritische und pädagogische Begleitung für die politische, demokratische Bildung jeder\*s Einzelnen un-  
12 terstützt werden.

13 *Begründung*

14 Immer öfter kommt es zu erschreckenden Aufdeckungen aus Bundeswehr und Polizei. Gehäuft treten Vorfälle über  
15 eine zutiefst beunruhigende Nähe zwischen deutschen Polizist\*innen und Soldat\*innen zu (neu-)rechten Netzwerken  
16 auf. Während sich beispielsweise innerhalb der Bundeswehrstrukturen ein rechtes Untergrundnetzwerk, welches an  
17 einem „Tag X“ einen Umsturz Deutschlands plante, organisiert hat, wird eine hessische Anwältin durch hessische  
18 Polizist\*innen, die sich den Namen „NSU 2.0“ gegeben haben, mehrfach massiv bedroht. Während diese Vorfälle um-  
19 fassend aufgearbeitet und geklärt werden müssen, muss die Gesellschaft nachhaltige Präventivmaßnahmen umset-  
20 zen. Wir glauben, dass dies unter anderem durch eine intensive pädagogische Auseinandersetzung mit dem System  
21 des Nationalsozialismus möglich ist. Hierbei muss elementarer Bestandteil der Ausbildung sein, zu erkennen, wie  
22 die Machtübernahme der Nazis möglich war, wie die Gleichschaltung der Gesellschaft gelang und auf welche Weise  
23 schließlich der Holocaust möglich wurde. Im Zuge dessen halten wir es für obligatorisch ein Konzentrations- und Ver-  
24 nichtungslager der NS-Vergangenheit zu besuchen, um Ausmaß und Grausamkeit der damaligen Taten begreifbar  
25 zu machen.

26 Der Exekutivgewalt kommt in jeder Gesellschaft die Aufgabe zu, Weisungen der Legislative auszuführen. Während die-  
27 ser Grundsatz gilt, verpflichten sich Angestellte wie Beamt\*innen des Öffentlichen Dienstes jedoch auch zum Schutz  
28 des Grundgesetzes und damit der unveräußerlichen Würde eines jeden Menschen. Es ist daher notwendig, dass die  
29 Ausbildung jede\*n dazu befähigt, zu erkennen, wann ihnen übertragene Weisungen Regelungen der Verfassung ent-  
30 gegenstehen. Das Remonstrationsrecht, also das Recht auf eine Einwendung, die Beamt\*innen gegen eine Weisung

- 31 erheben, die von einem\*r Vorgesetzten ausgesprochen wurde, kann nur von der Person beansprucht werden, die
- 32 erkennt, wenn Unrecht auch tatsächlich geschieht.